

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4601

"Studiengänge und Professuren für Pflegewissenschaft"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4601 vom 02.12.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5551 des WK vom 24.02.2015
3. Beschluss des Plenums 17/5688 vom 11.03.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 40 vom 11.03.2015



Antrag

der Abgeordneten **Oliver Jörg, Bernhard Seidenath, Gudrun Bredel-Fischer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein, Bernd Kränzle, Klaus Holetschek, Jürgen Baumgärtner, Robert Brannekämper, Michael Brückner, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hütig, Dr. Thomas Goppel, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Dr. Harald Schwartz, Manuel Westphal, Steffen Vogel CSU**

Studiengänge und Professuren für Pflegewissenschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert schriftlich zu berichten,

- an welchen Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in Bayern pflegewissenschaftliche und pflegekundliche Fächer gelehrt werden und wie diese Studiengänge nachgefragt werden (Studierenden- und Absolventenzahlen pro Hochschule),
- welche Handlungsalternativen die Staatsregierung sieht, die Pflegewissenschaften, unter Wahrung der Eigenverantwortung der Hochschulen an einer geeigneten Fakultät einer Universität zur Vertiefung der einschlägigen Forschungsfelder und zur Schaffung einer wissenschaftlichen Anbindung für kooperative Promotionen, zu stärken.

Begründung:

Die Pflege steht u.a. aufgrund des demografischen Wandels und des medizinisch-technischen Fortschritts vor großen Herausforderungen. Eine Akademisierung des Pflegeberufs und der Ausbau der Pflegeforschung scheinen daher zwingend. Nur das Angebot einer akademischen Ausbildung macht den Bereich Pflege auch für Schulabgängerinnen und -abgänger mit Abitur und Fachhochschulreife attraktiv. Für die akademische Pflegeausbildung ist qualifiziertes Lehrpersonal vonnöten.

Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die Pflegewissenschaften nicht Kernbereich des medizinischen Fächerkanons und damit auch nicht Pflichtteil der ärztlichen Approbationsordnung sind.

Mit Landtagsbeschluss vom Mai 2012 wurde die Staatsregierung aufgefordert, den Bayerischen Hochschulen unter Beachtung ihrer Autonomie und im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel zu empfehlen, durch Prioritätensetzung im Rahmen ihrer Eigenzuständigkeit Lehrstühle für Pflegewissenschaften zu errichten.



Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Bernhard Seidenath,
Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Drs. 17/4601**

Studiengänge und Professuren für Pflegewissenschaft

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Oliver Jörg**
Mitberichterstatterin: **Isabell Zacharias**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 23. Sitzung am 28. Januar 2015 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 24. Februar 2015 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazolo
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein, Bernd Kränzle, Klaus Holetschek, Jürgen Baumgärtner, Robert Brannekämper, Michael Brückner, Alex Dorow, Dr. Ute Eiling-Hüting, Dr. Thomas Goppel, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Dr. Harald Schwartz, Manuel Westphal, Steffen Vogel
CSU

Drs. 17/4601, 17/5551

Studiengänge und Professuren für Pflegewissenschaft

Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich zu berichten,

- an welchen Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in Bayern pflegewissenschaftliche und pflegekundliche Fächer gelehrt werden und wie diese Studiengänge nachgefragt werden (Studierenden- und Absolvierenzahlen pro Hochschule),
- welche Handlungsalternativen die Staatsregierung sieht, die Pflegewissenschaften, unter Wahrung der Eigenverantwortung der Hochschulen an einer geeigneten Fakultät einer Universität zur Vertiefung der einschlägigen Forschungsfelder und zur Schaffung einer wissenschaftlichen Anbindung für kooperative Promotionen, zu stärken.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit, eine Landesgrenzänderung und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.

Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit hat der Landtag über diese Voten entschieden.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit, eine Landesgrenzänderung und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. Januar 2015 (Vf. 1-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 9 Abs. 1 Sätze 4 und 5, § 9 a Abs. 2 Nr. 3 Alt. 2 und Abs. 5 bis 8, § 27 Abs. 1 Sätze 2 und 3, Abs. 2 sowie des § 29 Abs. 5 des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV) vom 30. Juni 2012 (GVBI S. 318, 319, BayRS 2187-4-I)
PII-G-1310.15-0001
Drs. 17/5565 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



Anträge

2. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zur Landesgrenzänderung zwischen dem Freistaat Bayern und
dem Land Baden-Württemberg im Zuge des Flurneuordnungsverfahrens
Wittighausen-Vilchband, Landkreis Main-Tauber-Kreis/Landkreis Würzburg
Drs. 17/4818, 17/5577 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens
Drs. 17/4477, 17/5330 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Bernhard Seidenath,
Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Studiengänge und Professuren für Pflegewissenschaft
Drs. 17/4601, 17/5551 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. CSU
Internationalisierung der bayerischen Hochschulen
Drs. 17/4699, 17/5376 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Margit Wild u.a. SPD
Tätigkeitsbericht der Staatsregierung im Kampf gegen Crystal Meth
Drs. 17/4807, 17/5399 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Martin Schöffel, Thomas Huber u.a. CSU
Förderung gemeinschaftlicher und öffentlicher Maßnahmen nach den Dorferneuerungsrichtlinien – Anhebung der Fördersätze für gemeinschaftliche und öffentliche Maßnahmen der Dorferneuerung für Gemeinden, die sich im Stabilitäts- und Konsolidierungsprogramm befinden, prüfen
Drs. 17/4815, 17/5482 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Thomas Huber,
Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU
Förderung gemeinschaftlicher und öffentlicher Maßnahmen nach den
Dorferneuerungsrichtlinien – Sockelförderung in der Dorferneuerung
in Höhe von 25 Prozent der zuschussfähigen Kosten prüfen
Drs. 17/4817, 17/5483 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Beteiligung der Öffentlichkeit im Verwaltungsverfahren
Drs. 17/3211, 17/5570

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Andreas Lotte,
Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
Menschenunwürdige Wohnbedingungen verhindern –
Bessere Eingriffsmöglichkeiten für Gemeinden schaffen!
Drs. 17/4472, 17/5583 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat